

gen. So heißt es zum Beispiel im Abschnitt III des Potsdamer Abkommens:

„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der Welt bedrohen kann.“

Diese und ähnliche Bestimmungen wurden nur auf dem Territorium der DDR konsequent verwirklicht. Die DDR hat durch ihre gesamte Politik das Beispiel dafür geschaffen, daß das deutsche Volk nur dann in Frieden, Freundschaft und Wohlstand leben kann, wenn es auf Aggression und Revanche verzichtet und seine Fähigkeiten und Talente in den Dienst des friedlichen Aufbaus stellt. Aus dieser Tatsache gilt es jetzt Schlußfolgerungen für ganz Deutschland zu ziehen.

Durch das Fehlen einer Friedensregelung mit beiden deutschen Staaten wurde und wird die aggressive Politik des westdeutschen Militarismus und Imperialismus begünstigt. Durch den Abschluß der Pariser Verträge, die Westdeutschland in die aggressive NATO einbezogen, entwickelte der deutsche Imperialismus mit aktiver Unterstützung der Westmächte, vor allem der USA, die Bundesrepublik zum Hauptgefahrenherd in Europa. Um deshalb diese friedensfeindlichen Kräfte rechtzeitig zu zügeln, ihnen die Möglichkeit zu nehmen, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln, ist der Abschluß eines Friedens Vertrages mit beiden deutschen Staaten unaufschiebbar geworden. Er ist auch notwendig, um normale Beziehungen zwischen den Staaten anzubahnen und eine Verminderung der internationalen Spannungen zu erreichen. Der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages wird zur Lebensfrage des deutschen Volkes und aller anderen Völker; er wird, wie der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, auf dem XXII. Parteitag der KPdSU ausführte, „die vordringlichste Aufgabe“.

Eben darum treten die Sowjetunion und alle übrigen sozialistischen Staaten dafür ein, daß der Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland vorrangig ist. Sie erfüllen damit den Willen aller Völker der Anti-Hitler-Koalition, sie erfüllen damit die Normen des Völkerrechts, das ein Recht zur Gewährleistung des Friedens ist.

Der deutsche Friedensvertrag ist der einzig reale Weg, die Pläne der westdeutschen Militaristen zur Entfesselung eines dritten Weltkrieges rechtzeitig zunichte zu machen. Es ist eine der wichtigsten Lehren der jüngsten Geschichte, es ist das heilige Vermächtnis der 50 Millionen Toten des zweiten Weltkrieges, daß der drohende Weltbrand bereits im Keim erstickt werden muß. Es darf nicht erwartet werden, bis die Flammen des Krieges erneut in die Höhe schlagen.

Dieser gefährvollen Situation trugen die sozialistischen Staaten Rechnung. Sie arbeiteten auf der Grundlage der bisher von ihnen unterbreiteten Vorschläge und unter Berücksichtigung der entstandenen Lage einen detaillierten Plan der deutschen Friedensregelung aus. So behandelte der V. Parteitag der SED sehr eingehend die Grundlagen des abzuschließenden Friedensvertrages. In Verwirklichung der hierzu gefaßten Beschlüsse schlug die Regierung der DDR in Noten an die vier Großmächte sowie an die Bundesrepublik vom 4. September 1958 vor, daß die verantwortlichen und zuständigen Mächte ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Vorbereitung und des Abschlusses des Friedensvertrages schnellstens nachkommen sollten.

Obwohl alle Völker am Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland interessiert sind, reagierten auf diese neue Friedensinitiative der DDR wieder nur die sozialistischen Länder, insbesondere die Sowjetunion. Das hat seinen Grund darin, daß der entschiedene, uneigennützte Kampf um den Frieden dem Charakter der

sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung entspricht.

Dementsprechend teilte die Sowjetregierung in ihrer Note vom 18. September 1958 völlig die Meinung der Regierung der DDR über die Notwendigkeit der Vorbereitung und des baldigen Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland; die Sowjetregierung war ferner der Auffassung, daß der Friedensvertrag endgültig die Beziehungen Deutschlands zu den Teilnehmern der Anti-Hitler-Koalition regeln und dem deutschen Volk eine gleichberechtigte Stellung unter den anderen Völkern sichern würde; sie versicherte, daß sie ihrerseits alles, was von ihr abhängt, für eine schnelle Vorbereitung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unternehmen würde. Dementsprechend unterbreitete die Sowjetunion den bekannten Entwurf eines deutschen Friedensvertrages vom 10. Januar 1959 und schlug vor, auf seiner Grundlage auch die Frage der Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt zu lösen.

Die herrschenden Kreise der Westmächte aber taten auch weiterhin so, als ob nichts geschehen sei. Sie erklärten sich nicht damit einverstanden, so schnell wie möglich einen Friedensvertrag abzuschließen. Sie verfolgten ihre engen klassenegoistischen Interessen und verstärkten ihre Rüstungen. Besonders in Bonn wurde alles getan, um die internationale Atmosphäre zu erhitzen; als ein Mittel hierfür benutzen die Bonner Politiker, zusammen mit den Westmächten, Westberlin, von dem aus sie den kalten Krieg gegen die DDR und ihre befreundeten Nachbarstaaten sehr forciert führten.

Die Friedensinitiative der sozialistischen Staaten

Die sozialistischen Länder zeigten in dieser Phase außerordentliche Geduld. Wieder schlugen sie eine allseitige friedliche Regelung vor; wieder ließen sie sich von den Lehren der Geschichte und den Normen des Völkerrechts leiten. N. S. Chruschtschow überreichte in Wien das bekannte Memorandum der Sowjetregierung über die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlin-Problems. In diesem Dokument wurde ein in der Geschichte der Friedensverträge einmaliger, die Gleichberechtigung und die Selbstbestimmung des besiegten Landes in deckbar weitestem Umfang berücksichtigender Vorschlag unterbreitet:

„Die vier Mächte werden sich an die deutschen Staaten mit dem Appell wenden, sich in jeder für sie annehmbaren Form über die Fragen zu einigen, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen. Die vier Mächte werden von vornherein erklären, daß sie jede Vereinbarung anerkennen, die von den Deutschen getroffen wird.“

Und das schlug ein Land vor, das im letzten, vom faschistischen Deutschland entfesselten Weltkrieg weit mehr Opfer bringen mußte und ungleich größere materielle Verluste erlitt als alle anderen Mächte der Anti-Hitler-Koalition zusammengenommen.

Der XXII. Parteitag der KPdSU hat in einer Breite, wie selten ein Parteitag der kommunistischen und Arbeiterparteien, zur Frage der deutschen Friedensregelung Stellung genommen. Der Parteitag brachte das große Verantwortungsgefühl der von der sowjetischen Arbeiterklasse geführten proletarischen Weltbewegung für eine friedliche und glückliche Zukunft der ganzen Menschheit sinnfällig zum Ausdruck. Die Aufgabenstellung auf diesem für die friedliche Koexistenz der beiden prinzipiell einander entgegengesetzten Welt-systeme wichtigen Gebiet zusammenfassend, erklärte N. S. Chruschtschow im Rechenschaftsbericht an den Parteitag:

„Wir haben uns an die Regierungen und Völker der Länder, die gemeinsam mit der Sowjetunion gegen Hitler-Deutschland gekämpft haben, gewendet und wenden uns erneut an sie mit dem Appell, mit den